



EAK
EVANGELISCHE ARBEITSGEMEINSCHAFT
FÜR KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG
UND FRIEDEN

PROTESTANT ASSOCIATION
FOR CONSCIENTIOUS OBJECTION AND PEACE



Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V.
Action Committee Service for Peace - Comité d'Action Service pour la Paix

NEWSLETTER

Friedensbildung, Bundeswehr & Schule

Ein AGDF- und EAK-Projekt

13. Ausgabe Januar 2012



Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
Informationen „aus aller Welt“ zum Thema Friedensbildung, Bundeswehr & Schule	3
Bundeswehr und Schulbefreiung in Schleswig-Holstein	3
Bundeswehr und Schulbefreiung in Bayern	3
Anfrage im Thüringer Landtag zur Werbung der Bundeswehr für den Militärdienst	3
Angebotsliste des Netzwerks Friedensbildung Hessen	4
EKHN konzipiert Friedensarbeit neu	4
Minderjährige erhalten Werbung vom Kreiswehrrersatzamt	4
Stellungnahme der Gewalt Akademie Villigst	5
Beschluss d. Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt zu Friedensbildung, Schule und Bundeswehr	5
Positionspapier der Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung zu den Jugendoffizieren in Schulen	5
Offener Brief der Vereinigung evangelischer Freikirchen (VeF) und der Arbeitsgemeinschaft Mennonitischer Gemeinden in Deutschland (AMG) an Bundeskanzlerin Merkel	5
Übersicht über die öffentlichen Auftritte der Bundeswehr im 1.Quartal 2012	6
Sonstiges	6
Übersicht über den unrechtmäßigen Zugang von Minderjährigen zu Waffen bei Informationsveranstaltungen der Bundeswehr	6
Internetseite „Abgeordnetenwatch.de“	6
GEW Broschüre „Einsatzgebiet Klassenzimmer- Die Bundeswehr in der Schule“	6
Themenheft „Schwerter zu Pflugscharen- Impulse für friedensethisches Lernen im Religionsunterricht“	6
„Reden statt Schießen“- ein Artikel von Heribert Prantl	7
Artikel zum NATO Einsatz in Libyen	7
Evaluation der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern des Netzwerks Friedensbildung Rheinland-Pfalz und dem Kultusministerium	7
Projekt „Die Parallelweltreisenden“	7
Bericht von ZDF info „Freiwillig zum Bund“	7
Veranstaltungen gegen die Militarisierung der Köpfe	7
Tagung des Netzwerks Friedenspädagogik und des Projektes „inklusive.menschenrechte.“	8
PAXX 2 - Aktionskonferenz: Peace Action Trainings	8

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr 2011 ist zu Ende. Ein Jahr mit Veränderungen in der Bundeswehr ebenso wie in der Friedens- und in der Jugendarbeit. Die Bundeswehr investiert Unmengen von Geldern in Werbung, um junge Menschen für den Kriegsdienst zu gewinnen. Eine Form der Nachwuchswerbung ist es, allen Jugendlichen im Alter von ca. 17 Jahren „Informationsbriefe“ über eine Karriere bei der Bundeswehr zu senden. Wie wir in diesem Newsletter berichten, haben im Dezember versehentlich auch Kinder diese Briefe erhalten (s.u.).

Ich möchte nicht, dass die Bundeswehr, aus Steuermitteln finanziert, Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren für den Soldatenberuf zu begeistern sucht, indem sie die Herausforderungen und die finanziellen Vorteile des Berufs hervorhebt, aber die negativen Seiten des Soldaten-Seins verschweigt. Was dabei herauskommt, zeigt nicht zuletzt eine Sendung von zdf info, in der freiwillig Wehrdienstleistende begleitet werden (s.u.). Darin wird sehr deutlich, dass die Motivation für den Beruf häufig der finanzielle Anreiz ist. Fragen wie die Teilnahme an Auslandseinsätzen werden dabei von den Soldaten oft ausgeklammert oder verdrängt, so der Bericht.

Im Jahr 2012 stehen Wahlen in Schleswig-Holstein und im Saarland an, im Jahr 2013 wird in Niedersachsen, Bayern und Hessen der Landtag gewählt. Das kann Anlass sein, die Kandidat/innen und Parteien nach Friedensbildung, Bundeswehr und Schule zu befragen, z.B. derart, wie es einer unserer Leser auf abgeordnetenwatch.de im Blick auf die Frage nach Schulbefreiung bei Bundeswehrveranstaltungen in Schleswig-Holstein getan hat (s.u.).

Seit Anfang des letzten Jahres hat sich in unserem Bereich viel getan, an das wir in 2012 anknüpfen können: Einige Elternverbände und Schülervvertretungen haben sich der Frage nach der Bundeswehr in der Schule angenommen, einige Landeskirchen verhandeln über die Thematik Friedensbildung, Bundeswehr und Schule auf Ebene der Kirchenleitungen und sprechen Beauftragungen für Friedensbildung aus, es gibt Stellungnahmen von Jugendverbänden und Kirchen, die in der Frage eindeutig sind, die Frage nach der Verantwortung der Bundesländer für Friedensbildung wird insgesamt lauter gestellt und es gibt in einigen Ländern Abgeordnete, die über kleine Anfragen das Thema Friedensbildung, Bundeswehr und Schule immer wieder neu auf die Tagesordnung des Landtags setzen – wie es erneut in Thüringen geschehen ist (s.u.).

Ich wünsche Ihnen und Euch allen ein gutes Jahr 2012 mit vielen kleinen und großen Erfolgen im Engagement für den Frieden!

Maria Baum

Impressum

Geschäftsstelle AGDF & EAK
Verein für Friedensarbeit im
Raum der EKD
Endenicher Straße 41
D - 53115 Bonn
Tel.: 0228 / 24 999-0
Fax: 0228 / 24 999-20
info@friedensbildung-schule.de
V. i. S. d. P.:
Maria Baum, Projektleiterin
baum@friedensbildung-schule.de

Informationen „aus aller Welt“ zum Thema Friedensbildung, Bundeswehr & Schule

Bundeswehr und Schulbefreiung in Schleswig-Holstein

In unserem Bericht im letzten Newsletter „Keine Kooperationsvereinbarung in Schleswig-Holstein geplant“ haben wir u.a. auf die Möglichkeit des Antrags auf Schulbefreiung für Schülerinnen und Schüler hingewiesen, die bei Kasernenbesuchen oder Schulbesuchen der Jugendoffiziere besteht. So geht es aus der Antwort auf die dort benannte kleine Anfrage des SPD-Abgeordneten Detlef Buder hervor. Diese Antwort ist aus dem Jahr 2010.

Wir möchten diese Information an dieser Stelle um aktuellere Informationen ergänzen. In Schleswig-Holstein gibt es einen Erlass vom 13.03.2011, der regelt, dass Eltern minderjähriger Schülerinnen und Schüler vor einem Truppenbesuch oder vor dem Besuch einer Jobmesse informiert werden müssen – gleich, ob dieser mit einem Wehrdienstberater oder in Begleitung eines Jugendoffiziers stattfindet.

Darüber hinaus gibt es die (nicht im jenem Erlass enthaltene) Auskunft aus dem Ministerium für Bildung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein, dass im Falle eines Truppenbesuchs eine formlose Bitte um Nichtteilnahme aus Gewissensgründen ausreichend ist, wenn ein Schüler oder eine Schülerin nicht an dem Truppenbesuch teilnehmen möchte. Diese Schülerinnen und Schüler sind dann verpflichtet, an einem von der Schule zugewiesenen Unterricht teilzunehmen.

Das heißt, dass es im Fall eines Kasernenbesuchs nicht im Ermessen der Schule liegt, ob einem Antrag stattgegeben wird – wie es noch in der Antwort auf die kleine Anfrage festgehalten war.

Bei „normalen“ Besuchen der Jugendoffiziere im Unterricht gilt dieses Verfahren jedoch nicht. Diese würden dem Neutralitätsgebot unterliegen und sie dürften keine Werbung machen, so dass Art. 4 des Grundgesetzes (in welchem die Gewissensfreiheit festgehalten wird) nicht berührt werde. So die Auskunft des Ministeriums vom Frühjahr 2011.

Die Information zum Truppenbesuch finden Sie auch in der Antwort der bildungspolitischen Sprecherin der Grünen im schleswig-holsteinischen Landtag Anke Erdmann auf „Abgeordnetenwatch“ vom 08.12.2011: http://www.abgeordnetenwatch.de/anke_erdmann-413-44687.html

Bundeswehr und Schulbefreiung in Bayern

In Bayern ist die grundsätzliche Entscheidung darüber, ob Vertreter der Bundeswehr in die Schule eingeladen werden, dem jeweiligen Schulforum vorbehalten, dessen Entscheidung für die Schulleitung bindend ist. Wir hatten davon im November berichtet. Wenn ein Schulforum eine solche Entscheidung nicht trifft, können in Bayern Schülerinnen und Schüler einer Bundeswehrveranstaltung aus Gewissensgründen fernbleiben. Damit ist hier ein Bezug zu Artikel 4 des Grundgesetzes hergestellt und ein formloser Antrag von Schüler/innen oder Eltern auf Schulbefreiung für eine Bundeswehrveranstaltung genügt.

Eine Vorlage für einen solchen Antrag hat der Bayerische Elternverband erstellt. (Vgl. dazu und zu weiteren Möglichkeiten im Umgang eines Besuchs der BW an der eigenen Schule: Newsletter VIII, Juni 2011).

<http://bevaktuell-im-netz.blogspot.com/2011/03/befreiung-vom-unterricht-mit-der.html>

Anfrage im Thüringer Landtag zur Werbung der Bundeswehr für den Militärdienst

Der Abgeordnete Matthias Bärwolff (DIE LINKE) hat eine kleine Anfrage an das thüringische Bildungsministerium gestellt, die sich mit der Werbung der Bundeswehr für den Militärdienst an Thüringer

Schulen und Hochschulen beschäftigt. Das Bildungsministerium konnte in seiner Antwort keine Auskünfte zu Art oder Häufigkeit der Besuche von Vertretern der Bundeswehr an Schulen oder Universitäten machen. Werbemaßnahmen seien als schulische Veranstaltung unzulässig, heißt es in der Antwort, da die Jugendoffiziere aber nur informieren, sei der Besuch der Bundeswehr an Schulen zulässig. Auf Nachfrage werden 2 Vorfälle an Schulen genannt, bei denen es zu Protesten gegen den Besuch von Jugendoffizieren an thüringischen Schulen kam.

http://www.ljrt-online.de/wDeutsch/download/landtag/5Wahlperiode/schule/5_3778.pdf

Angebotsliste des Netzwerks Friedensbildung Hessen

Das Netzwerk Friedensbildung Hessen hat eine Übersicht über seine Angebote an Schulen veröffentlicht. Interessierte Lehrerinnen und Lehrer können Referenten zu einer Vielzahl von Themen aus dem Bereich der Friedensarbeit in ihren Unterricht einladen.

<http://www.netzwerk-friedensbildung-hessen.de/index.php?id=angebote>

Der Sprecher des Netzwerks Friedensbildung Hessen hat in der Mitgliederzeitschrift der GEW Hessen einen Artikel über die Arbeit des Netzwerks geschrieben:

http://www.gew-hessen.de/index.php?id=296&tx_ttnews%5Btt_news%5D=4848&tx_ttnews%5BbackPid%5D=422&cHash=0da6b06c91835c755a8616fc838d8884

EKHN konzipiert Friedensarbeit neu

Die evangelische Kirche in Hessen und Nassau will ihre Friedensarbeit zukünftig stärker auf die Friedensbildung in Schulen sowie die Aus- und Weiterbildung von Lehrer/innen ausrichten. Dies geht aus einer Pressemitteilung der EKHN hervor. Gründe dafür sind das Aussetzen der allgemeinen Wehrpflicht und der Wegfall des Zivildienstes. Die Beratungsstelle für Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistende wird sich deshalb in Zukunft hauptsächlich mit der Friedensbildung beschäftigen. Im Rahmen des neuen Konzepts sollen unter anderem Schulprojekte gefördert werden und die Mitarbeit in den bestehenden Netzwerken der Friedensbildung in Rheinland-Pfalz und Hessen weitergeführt werden.

http://www.ekhn.de/index.htm?http://www.ekhn.de/inhalt/presse/pressemitteilungen/archiv/11/71_friedensarbeit.php~inhalt

Minderjährige erhalten Werbung vom Kreiswehrrersatzamt

Am 14. Dezember 2011 berichtete die Lübecker Nachrichten (LN), dass etwa 2300 Minderjährige in Eutin und Süsel unrechtmäßig Werbebriefe der Bundeswehr erhalten hatten. Seit im Juli 2011 die Wehrpflicht ausgesetzt und der freiwillige Wehrdienst eingeführt ist, gehört es bei der Bundeswehr zum Konzept für die Nachwuchsgewinnung, allen 17-jährigen Jugendlichen ein Schreiben zu senden, in dem sie aufgefordert werden, über ihre berufliche Laufbahn bei der Bundeswehr nachzudenken. Den LN zufolge heißt es in dem Brief u.a.: „Als einer der größten Arbeitgeber Deutschlands bietet Ihnen die Bundeswehr interessante Möglichkeiten ... Wir haben ein auf Ihre Bedürfnisse zugeschnittenes Angebot.“

Diese Schreiben werden regelmäßig an noch 17-Jährige versandt. Das ist in Deutschland legal, denn Deutschland vertritt keine „straight 18-Position“, wie sie in der Konsequenz aus der Kinderrechtskonvention und dessen 2. Zusatzprotokoll von der „International Coalition to Stop the Use of Child Soldiers“ gefordert wird.

Um die Briefe an die Jugendlichen versenden zu können, geben die Einwohnermeldeämter in dem Jahr, in dem die Jugendlichen 17 Jahre alt werden, deren Adressen an die zuständigen Kreiswehrrersatzämter weiter. Bei diesem Vorgang ist in Eutin und Süsel offenbar ein Fehler passiert. Das macht darauf aufmerksam, wie kritisch der Vorgang der Versendung von Werbepost der Bundeswehr an Jugendliche ist.

<http://www.ln-online.de/lokales/ostholstein/3315962/zur-bundeswehr-aber-doch-nicht-mit-zwoelf-jahren>

Wir hatten im letzten Newsletter (November 2011) schon berichtet, dass der Widerspruch gegen die Weitergabe der eigenen Daten an das Kreiswehrrersatzamt leicht mit einem formlosen Schreiben möglich ist. Ein Musterbrief dazu ist zu finden unter: http://www.nrw.vvn-bda.de/texte/0866_brief.htm

Mehr Informationen zu dem Thema gibt es auch auf der Homepage der EAK unter <http://www.eak-online.de/freiwilliger-wehrdienst%E2%80%93freiwillig-in-den-krieg>

Stellungnahme der Gewalt Akademie Villigst

Die Gewaltakademie Villigst äußert sich in einer Stellungnahme kritisch gegenüber den Kooperationsvereinbarungen zwischen der Bundeswehr und einigen Bundesländern. „Statt Bevorzugung wäre es angemessen gewesen, mit allen relevanten Akteuren und Akteurinnen (Bundeswehr, Friedensbewegung, Organisationen der zivilen und konstruktiven Konfliktbearbeitung, Einrichtungen der politischen Bildung) für die Schulen Angebote zu erarbeiten damit Schülerinnen und Schüler sich zu zentralen staatsbürgerlichen, (friedens-) ethischen Fragen eine eigene Meinung bilden können. (...)“, heißt es in dem Text der Gewaltakademie.

<http://www.gewaltakademie.de/gaeste/html/bundeswehr.html>

Beschluss d. Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt zu Friedensbildung, Schule und Bundeswehr

Der Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt hat auf seiner Mitgliederversammlung im November 2011 in seinem Beschluss das Kultusministerium Sachsen-Anhalt aufgefordert, auch Fachkräfte aus dem Friedensbereich in Schulen zu berufen. Der KJR unterstützt den Einsatz dieser Fachkräfte und fordert, dass ein Erlass des Kultusministeriums festhalten soll, dass Fachkräfte ihren Standpunkt gleichberechtigt darstellen können.

[http://kjr-lsa.de/ger/ueber_uns/mitgliederversammlung/mv2011/M4 -
_Friedensbildung_Schule_Bundeswehr.pdf](http://kjr-lsa.de/ger/ueber_uns/mitgliederversammlung/mv2011/M4_-_Friedensbildung_Schule_Bundeswehr.pdf)

Positionspapier der Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung zu den Jugendoffizieren in Schulen

Die Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung setzt sich in dem Papier differenziert mit der Arbeit der Jugendoffiziere auseinander, analysiert ihre Ziele und fragt nach möglichem Umgang mit den Besuchen der Jugendoffiziere durch Militärkritiker/innen. Abschließend stellt die Arbeitsstelle die eigene Position da und fordert, dass „Lehrplaninhalte im Unterricht von qualifiziertem Personal vermittelt werden“ müssen. Außerdem dürften kontroverse Themen nicht nur aus der Sicht einer Institution geschildert werden, sondern sollten möglichst neutral dargestellt werden, damit Schüler/innen nicht überredet werden.

http://www.asfrab.de/fileadmin/user_upload/media/pdf/Jugendoffiziere_in_Schulen.pdf

Offener Brief der Vereinigung evangelischer Freikirchen (VeF) und der Arbeitsgemeinschaft Mennonitischer Gemeinden in Deutschland (AMG) an Bundeskanzlerin Merkel

Der VeF und die Arbeitsgemeinschaft Mennonitischer Gemeinden haben einen offenen Brief an Bundeskanzlerin Merkel veröffentlicht, in dem die Kooperationsvereinbarungen zwischen Bundeswehr und Bildungsministerien kritisch angesprochen werden und der Grundsatz geäußert wird, dass „unsere Kinder und auch wir als Gesellschaft nicht zum Krieg sondern zum Frieden erzogen werden müssen.“ Außerdem werden die fehlende Transparenz und langsame Aufweichung der Rüstungsexportpolitik und die Tatsache, dass militärisches Eingreifen in Konflikte immer selbstverständlicher wird, beanstandet.

<http://www.vef.de/erklaerungen/friedensethik/>

Übersicht über die öffentlichen Auftritte der Bundeswehr im 1.Quartal 2012

Die Bundesregierung hat in der Antwort auf eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE die öffentlichen Auftritte der Bundeswehr für das 1. Quartal 2012 veröffentlicht. Für Jugendoffiziere stehen bisher 57 "sicherheitspolitische Seminaarfahrten", 69 Simulationen von POL&IS (Politik und Internationale Politik) und 28 Truppenbesuche fest.

http://www.bundeswehr-monitoring.de/fileadmin/user_upload/media/BT1708300.pdf

Sonstiges

Übersicht über den unrechtmäßigen Zugang von Minderjährigen zu Waffen bei Informationsveranstaltungen der Bundeswehr

In unserem letzten Newsletter haben wir über die Änderung des Waffengesetzes berichtet und die Tatsache, dass Großgeräte der Bundeswehr (Panzer, Schiffe, Hubschrauber und Flugzeuge) demnach nicht als Waffen gelten. Der Abgeordnete Paul Schäfer (DIE LINKE) hat bei der Bundesregierung angefragt, wie viele Fälle, in denen Minderjährige im Rahmen von Informationsveranstaltungen der Bundeswehr unrechtmäßig Zugang zu Waffen und Waffensystemen hatten, seit 2006 registriert wurden. In der Antwort der Bundesregierung werden sechs Fälle aufgelistet. Die Frage nach der Rechtmäßigkeit vom Zugang Minderjähriger zu Waffensystemen stelle sich nicht, so Staatssekretär Thomas Kossendry (CDU), da diese nicht als Waffen gelten.

http://www.bundeswehr-monitoring.de/fileadmin/user_upload/media/BT1708206-Auszug2.pdf

Internetseite „Abgeordnetenwatch.de“

Die Internetplattform [abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de) gibt Bürgern die Möglichkeit mit Politikern direkt in Kontakt zu treten und die/den Abgeordnete/n des eigenen Wahlkreises auf Themen, wie zum Beispiel Bundeswehr und Schule anzusprechen. Einer unserer Leser hat die Möglichkeit schon genutzt und die Abgeordnete Anke Erdmann (GRÜNE) aus Schleswig-Holstein zur Zusammenarbeit von Schulen und der Bundeswehr befragt. (s.o.).

Gerade im Wahlkampf (wir haben im Vorwort die Wahlen der nächsten 2 Jahre aufgelistet) sollte man die Möglichkeit nutzen das Thema „Bundeswehr und Schule“ anzusprechen und Politiker und andere Bürger aufmerksam zu machen.

<http://www.abgeordnetenwatch.de/>

GEW Broschüre „Einsatzgebiet Klassenzimmer- Die Bundeswehr in der Schule“

Die Broschüre „Einsatzgebiet Klassenzimmer- Die Bundeswehr in der Schule“ der GEW stellt die Problematik der Einsätze der Jugendoffiziere in deutschen Schulen umfassend dar, stellt anschließend die GEW – Position vor und gibt weiterhin Informationen über Möglichkeiten für Lehrer/innen, Schulleitung und Eltern, die sich gegen die Bundeswehr an ihrer Schule engagieren möchten.

http://www.gew.de/GEW-Report_zu_Bundeswehr_und_Schule_erschiene.html

Themenheft „Schwerter zu Pflugscharen- Impulse für friedensethisches Lernen im Religionsunterricht“

Die evangelische Verlagsanstalt Leipzig hat ein Themenheft zum friedensethischen Lernen herausgegeben. Das Heft bietet neben Sachinformationen auch Unterrichtsstunden und Kopiervorlagen für die Sekundarstufen I und II. Das Heft kann auf folgender Seite bestellt werden:

http://www.eva-leipzig.de/product_info.php?info=p3022_Schwerter-zu-Pflugscharen.html

„Reden statt Schießen“- ein Artikel von Heribert Prantl

Die Dezember-Ausgabe der Süddeutschen Zeitung für Kinder hatte das Thema „Frieden“. Darin erschien u.a. ein Artikel des Journalisten Heribert Prantl „Reden statt Schießen“, auf den wir hiermit hinweisen. Die Ausgabe der Kinder SZ, die für Kinder im Alter von 8 bis 12 Jahren geeignet ist, kann man im Klassensatz erwerben.

<http://www.sueddeutsche.de/politik/sueddeutsche-zeitung-fuer-kinder-reden-statt-schiessen-1.1233304>

Artikel zum NATO Einsatz in Libyen

Anneliese Fikentscher und Andreas Neumann haben einen Artikel mit dem Thema „Die Nato-Bestien sind gekommen- Wie einem Land Nordafrikas die "Menschenrechte" gebracht werden“ veröffentlicht. In dem Artikel werden die offiziellen Motive für den NATO Einsatz in Libyen in Frage gestellt und die Situation der Menschenrechte in Libyen unter Muammar al-Gaddafi in einer Sichtweise dargestellt, die der in den Medien geläufigen und auch der von Amnesty international widerspricht.

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=17195>

Evaluation der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern des Netzwerks Friedensbildung Rheinland-Pfalz und dem Kultusministerium

Das Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung bietet den Mitgliedern des Netzwerkes Friedensbildung Rheinland-Pfalz an, ihre Zusammenarbeit mit dem Bildungsministerium Rheinland-Pfalz auszuwerten.

http://www.ifgk.de/oben/aktuell_all.htm

Projekt „Die Parallelweltreisenden“

Im Rahmen des Projektes, das unter anderem von der Stadt Münster und der GGUA (Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender e.V.) getragen wird, versetzen sich in Deutschland lebende Menschen in die Lage eines Flüchtlings oder Asylsuchenden. Dabei müssen die Teilnehmenden eine eigene Fluchtgeschichte erzählen und werden von „Beamten“ überprüft.

<http://thomasnufer.com/?p=336>

Bericht von ZDF info „Freiwillig zum Bund“

Der Bericht von ZDF info begleitet Freiwillige, die sich für den Dienst bei der Bundeswehr gemeldet haben. Das Video beleuchtet vor allem, aus welchen Gründen sich (überwiegend junge) Menschen für die Bundeswehr entscheiden.

<http://www.zdf.de/ZDFmediathek/beitrag/video/1518546/Freiwillig-zum-Bund#/beitrag/video/1518546/Freiwillig-zum-Bund>

Veranstaltungen gegen die Militarisierung der Köpfe

Die gemeinnützige Bildungsgesellschaft der GEW Hessen (lea) organisiert in diesem Jahr mehrere Veranstaltungen gegen die „Militarisierung der Köpfe“. Die erste Veranstaltung beginnt mit einem Vortrag und nachfolgender Diskussion von Jutta Ditfurth zum Thema „Krieg, Atom, Armut – Die GRÜNEN als Teil des neokonservativen Rollbacks“ am 16.02.2012 in Frankfurt. Bei Interesse besuchen Sie bitte die Seite von lea:

<https://lea-bildung.de/index.php?id=120>

Eine Übersicht über die folgenden Veranstaltungen finden Sie unter:

http://www.gew-hessen.de/index.php?id=296&tx_ttnews%5Btt_news%5D=4780&tx_ttnews%5BbackPid%5D=38&cHash=4b03ce06086ae9ddd1223dec0a0994970

Tagung des Netzwerks Friedenspädagogik und des Projektes „inklusive.menschenrechte.“

Das Netzwerk Friedenspädagogik und das Projekt „inklusive. menschenrechte.“ haben vom 26.-28.01.2012 zu einer Tagung mit dem Thema „Friedenspädagogik und Menschenrechte“ veranstaltet. Die Einladung richtete sich vor allem an Lehrkräfte, Erzieher/innen und andere pädagogische Fachkräfte.

<http://www.inklusive-menschenrechte.de/typ/mensch/blog/?p=4646>

Nähere Informationen zur Anmeldung:

<http://www.ikm-hamburg.de/>

PAXX 2 - Aktionskonferenz: Peace Action Trainings

Wir möchten noch einmal auf die Aktionskonferenz vom 2.-4. März 2012 in Mannheim hinweisen, die sich mit dem Thema „Bundeswehr an Schulen“ auseinandersetzt. Auf der Konferenz geht es darum, sich mit verschiedenen Möglichkeiten im Umgang mit der Präsenz der Bundeswehr an Schulen auseinanderzusetzen. Auch die Frage nach Friedensbildung in Schulen wird aufgegriffen.

Das immer wieder aktualisierte Programm für PAXX2 finden Sie unter:

<http://www.paxx-action.net/upload/programm.pdf>

<http://www.paxx-action.net/index.php5>

Der aktualisierte Flyer zu der Konferenz:

<http://www.paxx-action.net/upload/flyer.pdf>

Newsletter abonnieren:

E-Mail an info@friedensbildung-schule.de.

Die E-Mail-Adressen für den Newsletterversand werden gespeichert und nur für den Versand des Newsletters verwendet.

Wir freuen uns über Weiterleitung des Newsletters an weitere Interessenten.

Newsletter abbestellen:

E-Mail an info@friedensbildung-schule.de

und Sie werden umgehend aus dem Verteiler genommen und Ihre Adressen gelöscht.

Tipps und Anregungen:

Wir sind dankbar über Hinweise auf aktuelle Entwicklungen, Veranstaltungen o.ä. zum Thema „Friedensbildung, Bundeswehr & Schule“, sowie über Artikel und Tipps zur Weiterentwicklung des Newsletters. Bitte senden Sie Ihre Ideen an:

info@friedensbildung-schule.de.

Gastbeiträge:

Gastbeiträge sind herzlich willkommen. Diese Beiträge entsprechen nicht immer der Meinung der Redaktion.

*Ansprechpartner/innen des
Projektes „Friedensbildung,
Bundeswehr & Schule“ sind:*

Projektleitung: Maria Baum
baum@friedensbildung-schule.de
info@friedensbildung-schule.de

Vertretung: Bernd Rieche
rieche@friedensbildung-schule.de